

GEMEINDE SCHWIEBERDINGEN

Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates am 21.07.2021

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:23 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Nico Lauxmann

Gemeinderäte

Frau Monika Birkhold

Frau Brigitte Heck

Herr Alexander Henke

Herr Jens Hübner

Frau Monika Kleinau

Frau Dr. Monika Leder

Herr Sebastian Morschhäuser

Frau Heidrun Rabus

Frau Michaela Reinold

Herr Dieter Rommel

Herr Mark Schachermeier

Frau Anita Sippel

Frau Silke Stockmann

Herr Rainer Widmann

Schriftführung

Herr Florian Bausch

Verwaltung

Frau Carmen Hirsch

Herr Manfred Müller

Frau Sabine Ulrich

Abwesend:

Gemeinderäte

Herr Panagiotis Athanassiadis

Herr Heinz Dillmann

Herr Lutz Enzensperger

Herr Markus Josenhans

weitere Anwesende

Herr Helmut Beck

Die Niederschrift umfasst die § 39 - 47

.....
Bürgermeister

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführer

.....
Gemeinderat

INHALTSVERZEICHNIS

- § 39 Vorstellung der Kriminalitätsstatistik 2020**

- § 40 Bericht über den Stand der Finanzen der Gemeinde Schwieberdingen zum
30.06.2021 - Finanzzwischenbericht -**

- § 41 Eigenbetrieb Wasserwerk Schwieberdingen**

- § 42 Auslaufbauwerk am Räuschelbach – Vergabe der Umbauarbeiten**

- § 43 Maßnahmen für eine mögliche vierte Welle im Herbst 2021 sowie mittelfristige
Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aufgrund der Corona Pandemie**

- § 44 Satzung Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte**

- § 45 Änderung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Schwieberdingen (Feuerwehr-
satzung)**

- § 46 Anfragen**

- § 47 Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen**

Vor Eintritt in die Tagesordnung ruft Bürgermeister Nico Lauxmann zu einer Schweigeminute für die Opfer der Hochwasserkatastrophe auf.

Vorstellung der Kriminalitätsstatistik 2020

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende die Herren Frondorf und Schüler von der Polizei.

Herr Schüler, der Revierführer des Polizeireviers Ditzingen, stellt sich und Herrn Frondorf, den Leiter des Polizeipostens Schwieberdingen zunächst dem Gremium vor. Herr Schüler trägt anschließend die Kriminalitätsstatistik 2020 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Schüler und Herrn Frondorf für die Vorstellung der Kriminalitätsstatistik 2020 und die herzliche Aufnahme in das Polizeirevier Ditzingen. Er hebt die gute und professionelle Zusammenarbeit der zuständigen Polizisten auch unter den derzeitigen Pandemiebedingungen hervor.

GR Reinold bedankt sich für den Vortrag und bittet um Kontrolle des Schulbergs während der Mittagszeit beim Bringen- und Abholen der Grundschüler.

GR Rommel fragt nach einem Muster bei den Einbruchsdelikten und möchte wissen, wie man sich gegen einen Einbruch schützen kann.

Herr Schüler verweist auf die kriminalitätstechnische Beratung durch die Polizei im Bereich des Einbruchsschutzes. Weiter teilt er mit, dass ein Einbruch in der Regel relativ schnell erfolge. Es gehe somit darum, den Tätern keinen leichten Zugang zur Wohnung oder zum Haus zu ermöglichen.

Der Gemeinderat hat die Kriminalitätsstatistik 2020 zur Kenntnis genommen.

Bericht über den Stand der Finanzen der Gemeinde Schwieberdingen zum 30.06.2021 - Finanzzwischenbericht -

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 22/2021, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Der Erste Beigeordnete Müller erläutert die Vorlage und stellt den Finanzzwischenbericht zum 30.06.2021 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

GR Schachermeier möchte wissen, ob Negativzinsen ein Thema werden kann, mit dem sich die Verwaltung beschäftigt.

Der Erste Beigeordnete Müller erläutert die Thematik aus Liquiditätssicht und beschreibt mögliche Auswirkungen hinsichtlich einer Zinsentwicklung. Über die Liquidität kann zum Beispiel die Finanzierung von Projekten sichergestellt werden.

Der Gemeinderat hat den Finanzzwischenbericht zum 30.06.2021 zur Kenntnis genommen.

Eigenbetrieb Wasserwerk Schwieberdingen

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 23/2021, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Pfisterer stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

GR Birkhold möchte wissen, was mit dem Gewinn des Wasserwerks passiere.

Herr Pfisterer antwortet, dass der Gewinn aus dem Jahresabschluss 2020 die Eigenkapitalausstattung des Wasserwerks erhöhen wird.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- a) **Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs „Wasserwerk Schwieberdingen“ für das Jahr 2020 wird, wie im Sachvortrag dargestellt, festgestellt.**
- b) **Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Wasserwerk nach Anlage 1.**

Auslaufbauwerk am Räuschelbach – Vergabe der Umbauarbeiten

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 24/2021, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich stellt den Sachverhalt vor.

GR Reinold möchte wissen, wann die Umbauarbeiten umgesetzt werden.

Herr Keller antwortet, dass die Umbauarbeiten nach der erfolgreichen Vergabe noch im Oktober 2021 umgesetzt werden.

GR Reinold dankt in diesem Zusammenhang dem Bauamt für das große Engagement während der derzeitigen schwierigen Personalbesetzung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die für eine Änderung des Auslaufbauwerks notwendigen baulichen Maßnahmen werden entsprechend der Angebotssumme von 49.628 € an die Firma Georg Moll, Gruibingen vergeben.

Maßnahmen für eine mögliche vierte Welle im Herbst 2021 sowie mittelfristige Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aufgrund der Corona Pandemie

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage 25/2021, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Bausch und Frau Ulrich stellen anschließend die Tischvorlage vor. Herr Bausch führt zunächst in den Sachverhalt ein, beschreibt die bisherigen Maßnahmen, die die Gemeindeverwaltung seit Beginn der Corona-Pandemie ergriffen hat, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Frau Ulrich macht anschließend Ausführungen zu der Anschaffung von mobilen Luftfiltergeräten. Herr Bausch gibt danach einen Ausblick in die Zeit nach den Sommerferien und stellt das erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen nach der Pandemie.

Der Vorsitzende führt aus, dass sich die Verwaltung konsequent an den Empfehlungen des Gemeindegats orientiert habe. Zielsetzung sei die sinnvolle Unterstützung der Kinder und Jugendlichen. Er beschreibt die Vordiskussion im Ausschuss für Umwelt und Technik und verweist auf die EU-Vergaberichtlinie und eine dementsprechende zeitliche Verzögerung bei der Beschaffung. Auch weist er auf die Abstimmung mit dem Gesundheitsamt hin, wonach mobile Luftfiltergeräte nicht Quarantänemaßnahmen verhindern. Er beschreibt die praktische Auswirkung bei Vorliegen einer Virusmutation. Der Vorsitzende stellt klar, dass die Gemeindeverwaltung sinnvoll und realitätsnah Finanzmittel zum Schutz der Kinder und Jugendlichen investieren möchte, dies findet sich in den Punkten der Beschlussvorschläge wieder.

GR Reinold bedankt sich für Vortrag und verweist auf das Förderprogramm des Landes. Sie spricht sich dafür aus, zu prüfen, ob man Abluftventilatoren in den Räumen einsetzen kann. Weiter stellt sie den Antrag, wonach die ABG-Fraktion Luftfilter für KiTas und Schulen in Klassenstufe 1-6 als Unterstützungsmöglichkeit sieht. Außerdem möchte sie wissen, ob die Verwaltung mit dem Elternbeirat diesbezüglich ein Gespräch geführt habe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich die Verwaltung diesbezüglich bisher nicht explizit mit dem Elternbeirat ausgetauscht habe. Die Verwaltung sei mit den Einrichtungsleitungen und Schulleitungen im regelmäßigen Gespräch. Bisher seien seitens der Elternschaft in Schwieberdingen noch keine Forderungen nach Luftfiltergeräten an die Verwaltung herangetragen worden.

GR Reinold vergleicht Luftfiltergeräte hinsichtlich der Lautstärke mit anderen elektronischen Geräten wie Beamer und Tageslichtprojekten. Sie spricht sich dafür aus, die Lautstärke in Kauf zu nehmen.

Der Vorsitzende verweist auf die Überschreitung der Lärmrichtwerte der Arbeitsschutzrichtlinie und merkt an, dass man auch die gemeindlichen Mitarbeiter entsprechend schützen müsse und die Arbeitsschutzrichtlinie auch für diese gelte.

GR Kleinau stellt die Anschaffung der Geräte komplett in Frage. Die Funktionsfähigkeit der Geräte sei abhängig von der Kubatur des Raums. Sie verweist weiter auf die Studie der Universität Stuttgart und spricht sich für eine getrennte Abstimmung bei den Beschlussvorschlägen aus.

GR Schachermeier wünscht sich den bestmöglichen Schutz für die Kinder und Jugendlichen und stellt für die ABG-Fraktion den Antrag, für jeden Raum der KiTas und Schulen bis Klassenstufe 1-6 die möglichen Alternativen zu prüfen und nach Abschluss der Prüfung Luftreiniger bzw. ein Luftreinigungsverfahren zu beschaffen.

GR Stockmann sieht den Lärmpegel in Klassenzimmern beim Einsatz von Luftfiltergeräten kritisch.

GR Rommel findet das Vorgehen der Verwaltung als vernünftig. Er findet, man müsse das Thema Luftfiltergeräte generell hinterfragen. Er spricht sich gegen Aktionismus aus. Auch sieht er ein großes Fragezeichen bei den Luftfiltergeräten bezüglich der Co-Finanzierung.

Der Vorsitzende verweist auf die Förderrichtlinie seitens des Landes und stellt fest, dass man Geschwindigkeit bei der Antragstellung benötige.

GR Henke findet den Verwaltungsvorschlag sehr gut. Die bisher seitens der Gemeindeverwaltung ergriffenen Maßnahmen haben gut gewirkt. Er vermutete einen Placebo-Effekt bei den Luftfiltergeräten und verweist auf alternative Möglichkeiten. Auch er spricht sich für eine getrennte Abstimmung aus.

Der Vorsitzende merkt an, dass man die vorgeschlagenen Investitionen rechtfertigen könne. Dies sei ein Einstieg, man müsse erst Erfahrungen mit Luftfiltergeräten machen. Zudem weist er darauf hin, dass der Antrag der ABG-Fraktion keinen Finanzierungsvorschlag enthalte. Weiter weist er nochmals auf den Schwellenwert der EU-Vergaberichtlinie hin, und beschreibt einen möglichen zeitlichen Ablauf.

GR Reinold spricht die Möglichkeit von Abluftventilatoren an. Sie verweist dazu auf Aussagen des Umweltbundesamts.

GR Birkhold fühlt sich bei der Entscheidung unwohl und verunsichert. Sie bittet darum, den Antrag der ABG-Fraktion entsprechend zu ändern und die Möglichkeit von Abluftventilatoren zu prüfen.

GR Heck sieht die Luftfiltergeräte kritisch. Sie verweist auf die Studie der Universität Stuttgart. Zudem fragt sie nach den Meinungen der Einrichtungsleitungen.

Herr Bausch beschreibt die Rückmeldung aus den Leitungsrunden mit den Einrichtungsleitungen. Dabei sei insbesondere auf die Lärmbelastung verwiesen worden, die einen Einsatz von Luftfiltergeräten in Schlafräumen nicht tragbar erscheinen lässt.

GR Schachermeier findet, dass man das Beste für die Kinder möchte. Er stellt fest, dass man nur über mobile Luftfiltergeräte spricht. Er spricht deshalb das Wärmetauschverfahren oder alternative Verfahren an. Ihm fehlen Vergleichswerte in der Sitzungsvorlage.

Der Vorsitzende bemerkt, dass man nicht alle Varianten prüfen und berechnen könne. Dies sei in der Verwaltung nicht zu leisten.

GR Henke kündigt an, einer Beschaffung von Luftfiltergeräten unter diesen Prämissen nicht zuzustimmen.

Der Vorsitzende wiederholt, dass man nicht alle denkbaren Varianten innerhalb der Verwaltung prüfen könne. Dazu würde man einen externen Experten benötigen. Er kündigt an, an dem Verwaltungsvorschlag festzuhalten, der vertretbar sei.

GR Hübner kritisiert die Lautstärke der Luftfiltergeräte und bezweifelt die Sinnhaftigkeit eines möglichen Einsatzes in der Mensa. Er spricht sich nach reiflicher Abwägung zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Anschaffung von Luftfiltergeräten aus.

GR Schachermeier fordert, man müsse viele Möglichkeiten prüfen. Er möchte den Antrag der ABG-Fraktion richtigstellen und entsprechend erweitern.

Der Vorsitzende verweist erneut auf die derzeitigen Fördermöglichkeiten seitens des Landes.

GR Rabus schlägt vor, ein Luftfiltergerät für die Mensa anzuschaffen und Erfahrungswerte einzuholen.

Der Vorsitzende betont, dass es der Verwaltung wichtig sei, bereits heute einen Weg festzulegen, wie man in das 2. Halbjahr gehen kann. Zudem möchte man klar abgrenzbare Räumlichkeiten mit entsprechender Technik ausstatten.

GR Morschhäuser stellt fest, dass sich das Gremium intensiv mit der Thematik beschäftigt. Er beantragt, die Beschlussvorschläge 1 und 2 der Sitzungsvorlage heute nicht zu entscheiden sowie gleichzeitig eine externe Einschätzung durch Experten zu beauftragen.

Der Vorsitzende betont, dass man über den weitestgehenden Antrag zuerst abstimmen werde. Dies sei der Antrag der CDU-Fraktion auf Absetzen der Beschlussvorschläge 1 und 2 der Sitzungsvorlage sowie Beauftragung einer externen Einschätzung durch Experten. Die Einschätzung des externen Experten könne erst im Oktober oder November vorliegen und wieder in das Gremium eingebracht werden. Er kündigt an, auch weiterhin den Verwaltungsvorschlag zu vertreten. Auch bittet er um ein gemeinsames Vertreten der festgelegten Vorgehensweise gegenüber der Bürgerschaft. Abschließend kündigt er an, über die heutige Diskussion im Amtsblatt ausführlich zu berichten.

GR Henke schlägt vor, die Verwaltung zu ermächtigen, nach erfolgter Prüfung selbst zu entscheiden.

Der Vorsitzende lehnt dies ab und stellt klar, dass diese Diskussion in den Gemeinderat gehöre.

GR Reinold findet, dass es verschiedene Lüftungsgerät-Modelle mit unterschiedlichen Lautstärken gebe. Dies müsse man mehr beleuchten. Sie beantragt die Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Verwaltung die Sitzungsvorlage auf das kommende Förderprogramm des Landes ausgerichtet habe.

GR Dr. Leder stellt fest, dass man verunsichert sei. Sie findet den Beschlussvorschlag der Verwaltung gut und findet, dass die Gelder gut investiert wären. Sie kann sich vorstellen, dies so mitzutragen.

Anschließend wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erneuert GR Morschhäuser seinen Antrag, die Beschlussvorschläge 1 und 2 der Sitzungsvorlage abzusetzen sowie die Beauftragung einer externen Einschätzung durch Experten zu beschließen.

Der Vorsitzende kündigt an, jetzt über den weitestgehenden Antrag abzustimmen. Dies sei der Antrag von GR Morschhäuser. Er erläutert die Hintergründe, die ihre Grundlagen in der Geschäftsordnung des Gemeinderats haben. Weiter kündigt er an, gegen diesen Antrag zu stimmen und den Verwaltungsvorschlag aufrechtzuerhalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Beschlussvorschläge 1 und 2 der Sitzungsvorlage werden abgesetzt. Gleichzeitig wird hinsichtlich der Beschaffung von Lüftungsgeräten oder vergleichbaren Techniken eine externe Einschätzung durch Experten beauftragt. Nach Vorliegen des Prüfungsergebnisses wird dieses wieder in das Gremium eingebracht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Anschaffung von 7.000 Lolli-Schnelltests zum Angebotspreis von ca. 26.656,00 € und der vorgestellten Testkonzeption Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, CO²-Messgeräte für die gemeindlichen Kindertagesstätten und Grundschulkinderbetreuung in Höhe von ca. 4.642,12 € anzuschaffen.

Der Gemeinderat nimmt von dem vorgestellten Maßnahmenkonzept für Kinder und Jugendliche Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine detaillierte Prüfung mit Kostenbetrachtung vorzunehmen und 2. Halbjahr zur Beschlussfassung in das Gremium einzubringen.

Satzung Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 26/2021, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Hirsch stellt den Sachverhalt vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Herrn Bormann von der Fa. Allevo. Herr Bormann stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

GR Rabus möchte wissen, wie sich die Gebühren pro Person verändern.

Herr Bormann antwortet, dass es schwierig zu vergleichen sei, da die Nebenkosten derzeit direkt abgerechnet werden. Dies sei ein anderes Modell.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- 1. Der neu gefassten Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften (Anlage 1) wird zugestimmt.**
- 2. Der neu gefassten Gebührenkalkulation (Anlage 2) wird zugestimmt.**
- 3. Die bisherige Satzung vom 21. April 2010 wird aufgehoben.**

Änderung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Schwieberdingen (Feuerwehrsatzung)

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 27/2021, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Hirsch stellt den Sachverhalt vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr (Feuerwehrsatzung FwS) wird entsprechend der Anlage zu dieser Gemeinderatsvorlage zugestimmt.

Anfragen

a) Handtaschenbecher-Aktion

GR Reinold spricht die Handtaschenbecher-Aktion der Verwaltung an und lobt die Verwaltung für diese gelungene Aktion. Mit dieser Aktion soll dem Ärgernis und dem Müllberg von achtlos weggeworfenen Zigarettenstummeln entgegengewirkt werden.

Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen

a) Bauantrag auf Umnutzung des ehemaligen Juwelierladens in ein Wettbüro Frau Ulrich führt aus, dass das Landratsamt Ludwigsburg der Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt und Technik gefolgt ist und das Einvernehmen nicht erteilt wird. Zudem habe das Landratsamt darauf verwiesen, dass es sich dabei um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt.

b) Dank und Ausblick auf das 2. Halbjahr

Zum Abschluss des 1. Sitzungshalbjahres bedankt sich der Vorsitzende beim Gemeinderat und der anwesenden Bürgerschaft für den Zusammenhalt und das bürgerschaftliche ehrenamtliche Engagement insbesondere in Krisenzeiten. Weiter gibt er noch einen Ausblick auf die Themen des 2. Halbjahres, zum Beispiel Durchführung von zwei Wahlen, Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzepts, Vergabe Glemstalschule, Entscheidung interkommunaler Verbund Regionaler Gewerbeschwerpunkt, Varianten Stadtbahn, Sanierungsgebiet Oberer Schulberg.

Ende der öffentlichen Sitzung um 21:23 Uhr.